

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024*

*Antragsteller\*in: david baltzer*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen*

## **A9: Israel Palaestina: Nichtmilitärisches Konfliktmanagement stärken**

### **Antragstext**

- 1 Wir bitten die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, das Auswärtige Amt und die  
2 Parteileitung folgende Punkte mit in ihre aktive Politik einzubeziehen und in  
3 der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass neben der notwendigen Solidarität  
4 mit dem Staat Israel alle Konfliktparteien dazu ermutigt werden,  
5 nichtmilitärische Wege zu einem nachhaltigen Frieden in Nahost zu gehen. Wir  
6 danken insbesondere Annalena Baerbock für ihre unermüdlichen diplomatischen  
7 Bemühungen für eine nachhaltige Lösung der aktuellen Krise. Sowie der Suche nach  
8 Wegen zum Frieden, die für beide Seiten ein Ende der Gewalt, ein Leben in  
9 Selbstbestimmung und Würde auf der Grundlage von lebenswerten Grundbedingungen  
10 ermöglicht.
- 11 - die Einsetzung eines sofortigen Waffenstillstandes in Gaza und zwischen der  
12 Hamas und Israel, der das fortgesetzte Sterben der Zivilgesellschaft und die  
13 fortschreitende Zerstörung der Infrastruktur beendet
- 14 - die Öffnung von weiteren Landzugängen für humanitäre Hilfe, schnellere  
15 Abwicklung der Lieferungen sowie der Sicherstellung, dass die Lieferungen für  
16 eine menschenwürdiges Leben der Zivilgesellschaft ausreichen
- 17 - Reduzierung der Unterstützung der jetzigen israelischen Regierung auf ein  
18 minimum, ausgenommen der nötigen Luftverteidigung gegen den Raketenbeschuss aus  
19 dem Libanon, Jemen und Gaza
- 20 - Beendigung der illegalen Landnahme im Westjordanland sowie der Unterstützung  
21 von radikalen Aktionen der Siedlerbewegung gegen die palästinensische  
22 Zivilbevölkerung

- 23 - Beendigung von dem Beschuss von Presse und zivilen Helfern in Gaza und  
24 Westjordanland, wirkungsvolle rechtliche Aufarbeitung von solchen Vorfällen und  
25 Entschädigung der Opfer
- 26 - um eine diplomatische Lösung und erste Schritte zu einem nachhaltigen Frieden  
27 nicht zu gefährden keine weitere Tötung von Verhandlungsführern der Hamas
- 28 - weiterhin zu prüfen, ob eine Anerkennung eines Staates Palästina hilft, den  
29 Friedensprozess konstruktiv zu fördern, insbesondere als Signal an die  
30 palästinensische Seite, dass ihre Interessen gesehen werden
- 31 Wir begrüßen, dass es bisher zu keiner grösseren militärischen  
32 Auseinandersetzung zwischen Israel und der Hisbolla, dem Iran gekommen ist. Wir  
33 hoffen, auf eine umfassende militärische Zurückhaltung aller Konfliktparteien  
34 damit der Korridor für diplomatische Bemühungen nicht kleiner wird. Wir  
35 begrüßen die Bestrebungen in der EU Sanktionen gegen radikale Minister der  
36 jetzigen Regierung zu prüfen und umzusetzen. Wir halten eine Zurückhaltung der  
37 deutschen Regierung zu Fragen der Verfahren des internationalen Gerichtshofes  
38 für notwendig.

## **Begründung**

Dieser Antrag basiert auf dem Beschluss zu Nahost der letzten BDK unter Einbeziehung des letzten Antrages der BAG Frieden in dieser Angelegenheit. Die Krise hat sich seitdem allerdings stetig weiter verstärkt, so dass wir energischen Druck auf die jetzige israelische Regierung für nötig halten. Wir sehen die äussert schwierige Situation von Israel, nach den Massakern vom 7. Oktober 2023 durch die Hamas das Staatsgebiet von Israel und das Leben seiner Bewohner:Innen erfolgreich zu schützen. Die letzten Jahrzehnte haben jedoch gezeigt, dass die Eskalationsspirale sich immer weiter dreht und die Gefahr eines grossen Nahostkrieges weiter steigt, wie auch die Verärtung in beiden Zivilgesellschaften die Fähigkeit für eine Friedenslösung immer weiter vermindert. Wir können nicht erkennen, dass die jetzige israelische Regierung in der Lage ist und Willens, Wege des Friedens zu gehen, die nicht auf Dauer zu Lasten der palästinenschen Bevölkerung gehen. Wir möchten die Handelnden von Bündnis 90 / Die Grünen ermutigen, sich weiterhin energisch für die demokratische israelische Zivilgesellschaft einzusetzen, den jetzt handelnden Regierenden soweit es geht die Unterstützung zu entziehen und diejenigen Kräfte der palästinensischen Zivilgesellschaft zu stärken, die selber unermüdlich für Frieden und Selbstbestimmung arbeiten und für eine freie Gesellschaft aller in Nahost aktiv sind.